

Das muss sein

bei Real:

- zurück zur Tarifbindung
- gleiche Bezahlung für alle
- Verzicht auf Leiharbeit

Das geht nicht:

- Tarifflicht
- Lohndumping
- Leiharbeit und Umgehung des Equal-Pay-Anspruchs von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern

Rote Karte für die Metro AG!

***Am Schwarzen Freitag, 13. Juli 2018
finden in 20 Städten
Aktionen gegen Real statt.***

Lohndumping per Tarifflucht

Erster Akt

Im **Juni 2015** ist die *Real Group Holding GmbH*, die zum Metro-Konzern gehört, unmittelbar vor der Einigung mit der Tarifkommission **aus dem Flächentarifvertrag für den Einzelhandel ausgestiegen** und setzte damit die Tarifflucht deutscher Einzelhändler fort.

Nach erbitterten Arbeitskämpfen und zähen Verhandlungen schloss die Gewerkschaft ver.di für die 34.000 Angestellten an über 280 Standorten **im Sommer 2016** einen **Zukunftstarifvertrag** ab.

Die Eckpunkte beinhalteten eine schrittweise **Reduzierung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes** sowie einen **Verzicht auf Lohnerhöhungen bis 2019**.

Im Gegenzug schloss das Management betriebsbedingte Kündigungen aus und sagte ein umfangreiches Sanierungskonzept zu.

Aus Mitarbeiterkreisen verlautet, dass die Metro AG bisher statt einer Milliarde nur rund 254 Millionen Euro investiert hat. Auch von einer Rückkehr in den alten Tarifvertrag, die laut Zukunftstarifvertrag 2019 erfolgen sollte, ist längst keine Rede mehr.

Seit 2017 diskutierte man über die Vereinbarung, laut ver.di wurden Zusagen seitens der Geschäftsführung nicht eingehalten.

Zweiter Akt

Reals Kochchef Patrick Müller-Sarmiento: „*Wir wollen in den Angriffsmodus gehen*“ (Neues Deutschland, 4.6.2018).

Ende März 2018 kündigte die Warenhauskette die Verhandlungen mit ver.di für einen Zukunftstarifvertrag. Ver-

di warf dem Konzern vor, dass er die Löhne um bis zu 40 Prozent senken wolle.

Dritter Akt

Der Aufsichtsrat des Metro-Konzernes beschließt am 20.4.2018, gegen die Stimmen der nicht leitenden Arbeitnehmervertretungen die **Abspaltung des Geschäftsbetriebes des SB-Warenhauses**.

Die **Beschäftigten werden in die Metro Services GmbH überführt**, die dem konzerneigenen **Arbeitgeberverband AHD** angehört.

Mit dem Wechsel soll ein Tarifvertrag mit der Gewerkschaft Deutschnationaler Handelsgehilfenverband (**DHV**) ermöglicht werden: Die **Löhne und Gehälter liegen 24 Prozent unterhalb des Flächentarifvertrages für den Einzelhandel**.

Die Real-Geschäftsleitung: „Durch die Übertragung des Geschäftsbetriebes auf eine nicht an die Tarifverträge mit Verdi gebundene Gesellschaft sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, die Personalkosten bei Real mittel- bis langfristig wettbewerbsfähig zu gestalten“ (Weser-Kurier, 24.6.2018).

Die Metro AG plant folgende Maßnahmen:

- 40-Stunden-Woche statt 37,5-Stunden-Woche
- Urlaubsgeld 680 Euro statt aktuell 1.262 Euro (brutto)
- Weihnachtsgeld 450 Euro statt aktuell 1.611 Euro (brutto)
- weitere Einbußen bei den Gehältern von Verkäuferinnen/Verkäufern und Kassiererinnen/Kassierern: „**Neue Mitarbeiter verdienen bis zu 25 Prozent weniger**“ (Ch. Va-

senthien, ver.di, Bezirk Hannover-Heide-Weser)

- Die auslaufenden Verträge von rund **4.500 befristet Beschäftigten sollen nicht verlängert** werden

„Die Illusion, durch Personalkosteneinsparung mehr Umsatz zu machen, ist eine Milchmädchenrechnung“, er-

klärte Nutzenberger. **Ver.di** will bereits zum Zeitpunkt des Betriebsübergangs für alle Beschäftigten von Real zur Metro Services GmbH einheitliche Beschäftigungsbedingungen mit entsprechenden Tarifverträgen mit der Mehrheitsgewerkschaft sicherstellen. Grundlage soll der Flächentarifvertrag der Gewerkschaft ver.di sein.

„Die rund 34.000 Beschäftigten haben nach der Aufspaltung des Unternehmens keine Zeit zu verlieren und müssen ihre beruflichen und finanziellen Interessen wahren. Zu deren Durchsetzung sind auch **Streiks** nicht ausgeschlossen.“
([ver.di](#))

Leiharbeit

In manchen Filialen sollen laut Beschäftigten bis zu 50 Prozent der Belegschaft und fast alle Kassiererinnen und Kassierer Leiharbeitskräfte gewesen sein. Ein Subunternehmer war die Firma **Mumme Personalservice GmbH**, die 2017 nach eigenen Angaben 98 Prozent ihrer Beschäftigten an Real auslieh (Stundenlohn von 9,51 Euro, **4 Euro weniger** als bei von Real direkt Beschäftigten, Bericht von [Report Mainz](#) – „Gleicher Lohn für Leiharbeiter?“).

Beim ver.di-Streik im Jahr 2015 setzte das Management Leiharbeiter der Firmen **4u@work** und **Novum** als Streikbrecher ein.

Das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG), ab April 2017 in Kraft, sollte Leiharbeitskräften **nach neun Monaten Betriebszugehörigkeit** das gleiche Gehalt wie Festangestellten garantieren (**Equal Pay**).

Kassiererinnen, die teils seit Jahren über die Firma Mumme bei Real beschäftigt waren, erhielten zum Stichtag 31.12.2017 ihre **Kündigungen**. Teilweise wurde offen angeboten, nach Ablauf von drei Monaten, zum 2.4.2018, wieder über Mumme bei Real anzufangen. Dann natürlich wieder ohne Anspruch auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.

„**Der Angriff auf die Rechte der Beschäftigten bei Real ist ein Generalkonflikt, unter dem am meisten die Beschäftigten und ihre Familien leiden, nicht das Management und auch nicht die Aktionäre.**“ (ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger).

Hauptaktionäre der Metro AG ([Geschäftsbericht vom 13.12.2017](#)): Familie [Haniel](#): 22,5 Prozent (ca. 680 Eigner – gehörte 2015 zu den zehn reichsten Familien Deutschlands); Familie [Schmidt-Ruthenbeck](#): 14,19 Prozent (auf Platz 246 der Liste der reichsten Menschen nach Forbes); [CECONOMY](#): 9,99 Prozent (die Ceconomy AG ist der Rest der ehemaligen Metro AG und betreibt Saturn und Mediamarkt); Gesellschafterstamm [Beisheim](#): 6,56 Prozent (s. Werner Rügemer, „Alte Clans, neues Kapital“, junge Welt, 9.7.2018)

Schlechte Arbeitsverhältnisse nicht nur bei Real

- Von den bundesweit drei Millionen Beschäftigten im **Einzelhandel** sind **nur 1,2 Millionen Menschen vollzeitbeschäftigt**
- 2016 war die Hälfte der Neueinstellungen **befristet**
- 2014 erhielt jeder Dritte **Niedriglohn**. Folge: 2015 musste der Staat Beschäftigte im Handelsbereich mit 1,4 Milliarden Euro subventionieren
- Laut dem [Branchenreport](#) Handel der Krankenkasse DAK von 2016 arbeiten sieben von zehn Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel an ihrer Grenze. Rückenprobleme und andere **Muskel-Skelett-Erkrankungen** sind für jeden vierten Fehltag verantwortlich, **psychische Leiden** für jeden sechsten (Neues Deutschland, 4.6.2018)
- Arbeiten am Wochenende sowie ständige **Schichtarbeit** haben sich zwischen 2005 und 2015 verdoppelt
- Die **Tarifbindung** der Beschäftigten ist zwischen 2012 und 2015 rapide gesunken, im Westen um sieben Prozent auf 38 Prozent, im Osten um 21 Prozent auf 26 Prozent (*Bundesregierung 2017, Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei*)

Und die Produktion von Lebensmitteln???

Die Skandale auf **Schlachthöfen** in Deutschland sind bekannt, ebenfalls die Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der **Lebensmittelindustrie**.

Weniger bekannt ist es, dass Rechte der **Menschen auf den Plantagen der Zulieferbetriebe** massiv verletzt werden und dass die Arbeitsbedingungen alles andere als fair sind. Eine **Oxfam**-Studie stellt fest:

- Arbeiter/innen sind hochgiftigen **Pestiziden** ausgesetzt
- Sie werden häufig **diskriminiert**, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren
- Ihre **Löhne** sind oft so niedrig, dass sie sich keine Arztbesuche leisten können
- Insbesondere **Frauen** leiden unter Gewalt und Diskriminierung

Daher die Aktion von Oxfam „[Fairness eintüten](#)“ und die weltweite Initiative, die UN-Menschenrechte auch gegenüber großen Konzernen durchsetzbar machen will (sog. **Binding Treaty**, <http://www.treatymovement.com/>).

Unsere Hauptinformationsquellen:

<https://aktion.arbeitsunrecht.de/de/schwarzer-freitag/real>
<http://www.labournet.de/branchen/dienstleistungen/handel/real>
<https://handel-hamburg.verdi.de/> , <https://handel.verdi.de/themen>

Aktionsgruppe gegen Hartz IV und prekäre Arbeit

Nächste Treffen: 20. Juli und 17. August 2018 im Attac-Büro in der W3, Nernstweg 32 in Altona – Kontakt: hamburg@attac.de

V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes